

# Gesetz - Sammlung

für die

## Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 17. —

(No. 445.) Allerhöchste Declaration vom 15ten September 1817., betreffend die Freizügigkeits-Uebereinkunft zwischen Preußen und Frankreich.

Da in Frankreich kein Abfahrtsgehd von dem Vermögen der auswandernden Unterthanen erhoben wird, und das französische Gouvernement neuerdings erklärt hat, daß es die Ausübung des Abschoßrechts gegen Preussische Unterthanen nicht zulassen würde, indem es die frühere Abschoß-Uebereinkunft vom Jahre 1811. als anwendbar auf den jetzigen diesseitigen Länder-Bestand ansehe; so will Ich, daß die Reciprocität genau beobachtet, und in Meinen sämtlichen Staaten weder Abschoß noch Abfahrtsgehd gegen Frankreich genommen werde. Ich überlasse Ihnen die weitere diesfällige Verfügung.

Münster, den 15ten September 1817.

Friedrich Wilhelm.

An  
den Staatskanzler Herrn Fürsten v. Hardenberg.

(No. 446.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 25ten September 1817; betreffend, daß gewisse Vergehungen auch den Verlust der zweiten Kriegs-Denk Münze nach sich ziehen sollen.

Ich veranlasse Sie hierdurch zu verfügen: daß wenn Vergehungen von Personen, welche die zweite Kriegsdenkmünze tragen, Amtsentsetzung, imgleichen Zuchthaus- oder Festungsverhaft mit Strafarbeit verbunden, zur Folge haben, das Erkenntniß, so wie Ich es schon unterm 24ten Dezember 1814. in Ansehung der ersten Kriegsdenkmünze verordnet habe, mit auf den Verlust ihrer Denkmünze gerichtet werden soll. Berlin, den 25ten September 1817.

Friedrich Wilhelm.

An  
den Staatskanzler Herrn Fürsten von Hardenberg.



(No. 447.) Erklärung wegen Ausdehnung der seit 1811. zwischen der Königlich-Preussischen und Herzoglich-Anhalt-Röthenschen Regierung bestehenden Freizügigkeits-Uebereinkunft auf sämtliche Königlich-Preussische und Herzoglich-Anhalt-Röthensche Lande. Vom 28sten September 1817.

Demnach die Königlich-Preussische Regierung mit der Herzoglich-Anhalt-Röthenschen Regierung dahin übereingekommen ist, daß gegenseitig der Abschoß bei Erb- und Vermächtnißfällen, und das Abfahrtsgeld in allen denjenigen Fällen, in welchen die Auswanderungen aus den Königlich-Preussischen Landen nach den Anhalt-Röthenschen Landen, und aus diesen in jene erlaubt sind, ohne Unterschied, ob die Erhebung dem Fiskus, oder Privaterberechtigten, Kommunen oder Patrimonial-Gerichten zustehe, aufhören soll; so erklären jetzt beide genannte Regierungen: daß die gedachte zwischen ihnen abgeschlossene Freizügigkeits-Uebereinkunft vom 20sten November 1811. auf sämtliche jetzige zum deutschen Bunde gehörige und zu demselben nicht gehörige Preussische Provinzen ausgedehnt sey, und daß in allen denjenigen innerhalb der Königlich-Preussischen Staaten jetzt etwa anhängigen und künftig vorkommenden Erbschafts-, Vermächtniß- und Vermögens-Exportations-Fällen, wo die Verabfolgung nach den Herzoglich-Röthenschen Landen, und in allen dergleichen Fällen, wo die Verabfolgung aus diesen nach jenen geschieht, insofern unter den erwähnten, jetzt etwa anhängigen Erbschafts-, Vermächtniß- und Vermögens-Exportationsfällen nur solche verstanden werden, in welchen der Abschoß noch nicht wirklich bezahlt worden ist, in Gemäßheit der gegenwärtigen Uebereinkunft verfahren werden soll.

Die gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preußen und Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zu Anhalt-Dessau, als Regierungs-Vormund des Herzogthums Röthen, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung, soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit haben in den gesammten Königlich-Preussischen und Herzoglich-Röthenschen Landen.

So geschehen Pyrmont, den 28sten September 1817.

(L. S.)

Der Staatskanzler

C. Fürst v. Hardenberg.



(No. 448.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 11ten Oktober 1817; betreffend die Bestrafung der in Lazarethdiensten sich der Untreue schuldig machenden Militairpersonen.

Ich habe auf die Anfrage des General-Auditoriat's entschieden: daß in Fällen, wo Militairpersonen in Lazarethen Dienste leisten, und sich in diesem Dienstverhältnisse der Untreue schuldig machen, gegen dieselben nicht nach der Verordnung vom 13ten Oktober 1813. sondern nach den Bestimmungen des Landrechts und der Kriegsartikel verfahren werden soll, und benachrichtige Sie von diesem Beschlusse. Berlin, den 11ten Oktober 1817.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staatskanzler Herrn Fürsten von Hardenberg.

(No. 449.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 18ten Oktober 1817., betreffend die Verpflichtung der beurlaubten Landwehr-Offiziere, während den Uebungen Dienste zu leisten.

Es ist Mir vorgetragen worden, daß sich beurlaubte Landwehr-Offiziere weigern, während den 14tägigen Uebungen, Dienste zu leisten, indem sie Abhaltungen, theils in öffentlichen, theils in eigenen Angelegenheiten vorschützen. Da es aber Mein fester Wille ist, daß das Gesetz unter allen Umständen vollständig ausgeführt werde; so gebe Ich Ihnen anheim, sämtliche Civilbehörden dahin zu instruiren: daß diejenigen ihrer Glieder, welche Landwehr-Offiziere sind, nur in dem Falle körperlicher Unvermögenheit, oder in einzelnen von den Ersten der Kollegien attestirten sehr dringenden Fällen von dem Eintritt bei den Uebungen befreit werden können, in der Regel aber sich unweigerlich auf geschehene Requisition der Militair-Obern zu stellen, und die übrigen Mitglieder der Behörden den Ausfall der Geschäfte zu übertragen haben. Ich werde es sehr mißfällig bemerken, wenn Behörden, welche die Wächter der Gesetze sind, durch Entziehung ihrer Mitglieder vom Dienst in der Landwehr ein böses Beispiel geben, erwarte vielmehr von ihrem guten Geiste, daß sie dem Volke durch strenge Ausführung der sie betreffenden Verpflichtungen, ein Vorbild seyn werden. Alle übrige beurlaubte Landwehr-Offiziere sind ebenfalls verbunden, sich zum Dienst zu stellen, und es finden auf sie, die für die Landwehrmänner gegebenen Bestimmungen, über Befreiung vom Eintritt, analog Anwendung, wobei Ich zugleich erkläre, daß alle Landwehr-Offiziere, die sich ohne gesetzliche Gründe beharrlich weigern, ihrer



ihrer Dienstpflicht zu genügen, aus dem Offizierstande entlassen, und als Landwehrmänner eingestellt werden sollen.

Berlin, den 18ten Oktober 1817.

Friedrich Wilhelm.

In  
den Staatskanzler Herrn Fürsten von Hardenberg.

(No. 450.) Bekanntmachung, in Hinsicht der Konvention zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und dem Herrn Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Königlichen Hoheit, wegen wechselseitiger Anhaltung und Auslieferung der Bagabunden. Vom 28sten Oktober 1817.

Seine Majestät der König von Preußen sind mit des Herrn Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Königlichen Hoheit übereingekommen, in Hinsicht der Konvention vom 14ten November 1811., wegen wechselseitiger Anhaltung und Auslieferung der Bagabunden, folgende nähere Bestimmungen eintreten zu lassen.

1. Bei dem Transporte der einem dritten Staate angehörigen Bagabunden soll nicht der nächste Weg von dem Arretirungsorte nach dem Geburtsorte derselben, sondern nur der nächste und geradeste Weg vom Arretirungsorte des Bagabunden bis zur nächsten Grenze des Landes, welchem er anzugehören behauptet, die Entscheidung darüber abgeben: ob ein solcher Bagabunde durch das Gebiet des andern der resp. hohen kontrahirenden Theile zu transportiren, und demgemäß von den Behörden des Letztern zu übernehmen ist.

2. Die Absendung der Bagabunden nach ihrer angeblichen Heimath soll nicht bloß auf deren eigene Angabe, sondern, wenn diese nicht durch andere Gründe und durch die Verhältnisse des vorliegenden Falls unterstützt ist, nur nach vorgängiger Ausmittelung der Wahrheit und nöthigen Falls, nach deshalb bei der Empfangsbehörde angestellter Erkundigung verfügt werden.

3. Bei der Bestimmung, welcher Staat einen Bagabunden zu übernehmen habe, soll es nicht allein auf den Geburtsort dieses Letztern, sondern wesentlich und vorzugsweise darauf ankommen; wo derselbe sein erweisliches letztes Domizil gehabt habe. Nithin soll die Bestimmung, welcher Staat den Bagabunden aufzunehmen habe, hiervon besonders, neben und vor dem von dem Geburtsorte desselben herzunehmenden Grunde künftig abhängen.

Sämmtliche Behörden werden hierdurch angewiesen, nach den vorstehenden Bestimmungen vorkommenden Falls sich genau zu achten.

Berlin, den 28sten Oktober 1817.

E. Fürst v. Hardenberg.